



IEDF

**INTERESSENGEMEINSCHAFT
EHEMALIGER DDR-FLÜCHTLINGE e.V.**

Postfach 25 01 40 · 68084 Mannheim
vorstand@iedf.de · www.iedf.de
www.flucht-und-ausreise.info

Amtsgericht Mannheim · VR 700231
Der Verein besitzt den Status der Gemeinnützigkeit.

Bank: IG ehem. DDR-Flüchtlinge
Deutsche Bank Mannheim
IBAN DE50 6707 0024 0043 7749 00
BIC DEUTDE33HAN

IG ehem. DDR-Flüchtlinge, Postfach 25 01 40, 68084 Mannheim

**Herrn
Bundeskanzler Olaf Scholz**

**Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin**

68165 Mannheim, den 15.01.2022

Betr.: K 202 137/20

Unser Schreiben vom 06.12.2021

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler,

in Ihrer Neujahrsansprache sprachen Sie von dem „*reibungslosen, fast freundschaftlichen Übergang von der alten Bundesregierung zur neuen*“. Das sei ein gutes Zeichen für die Stärke unserer Gesellschaft.

Eine kritische Anmerkung zu dieser Ihrer Sicht sei gestattet.

Sie kennen das Thema, das die Klasse der ehemaligen DDR-Flüchtlinge, Ausreisearbeitgeber und aus politischer Haft Freigekauften umtreibt: „DDR-Altübersiedler und deren vom Gesetzgeber nicht legitimierte rückwirkende und nachträgliche Einbeziehung in die Gesetzgebung zum Beitritt der DDR“. Ein Dauerkonflikt mit der alten Bundesregierung.

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen, die wir als „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ in den 4 Legislaturperioden Merkel machen mussten, lässt Ihre allzu euphemistische Beurteilung des Übergangs unserem Optimismus wenig Raum.

Sie wissen, dass die unionsgeführten Vorgängerregierungen sich konsequent geweigert haben, den Konflikt als Beschwerde zu begreifen. Als Beschwerde gegen die Verletzung rechtsstaatlicher Normen zu Lasten einer konkret definierten Klasse von Mitbürgern.

Sie werden sich erinnern, dass Ihre Partei in der 16. und 17. Legislaturperiode (SPD in Opposition) sich sehr klar positioniert und deutlich engagiert hatte, den Konflikt sauber und korrekt zu lösen.

Dann allerdings hat sich die SPD in der 18. und 19. Legislaturperiode als Juniorpartnerin der Union in dieser Angelegenheit der Dominanz der Union untergeordnet. Der unverhoffte Positionswechsel war eher peinlich als überzeugend.

Es ist angebracht, Sie daran zu erinnern, dass Sie im Schreiben der SPD-Landesorganisation Hamburg vom 28.09.2017 haben erklären lassen: *„Sie weisen zu Recht auf eine Gesetzeslücke hin, ... die zu Ihren Ungunsten ausgelegt wurde. ... Die SPD setzt sich seit ihrer Gründung für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ein. Das sind drei Werte, die es weiterhin in unserer Gesellschaft zu verteidigen und zu erkämpfen gilt. Ihr Anliegen ist dafür das beste Beispiel: Sie wurden nicht gerecht behandelt.“*

Wir erwarten von der SPD als Seniorpartnerin der Ampelkoalition, dass sie die von Ihnen selbst festgestellte Gesetzeslücke beseitigt. Dies umso mehr, als auch Herr MdB Hubertus Heil sich bereits vor seiner Zeit als zuständiger Minister mehrfach für eine Lösung im Sinne der Betroffenen positioniert hat.

Mit vorzüglicher Hochachtung,



Dr.-Ing. Jürgen Holdefleiß
(Vorsitzender IEDF)